

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Zahnloser Tiger“

Die Gefahr wächst, dass die sich weiter verschärfende Staatsschuldenkrise der Wirtschaft auf Sicht den Boden unter den Füßen entziehen wird. Seit nunmehr fast zwei Jahren haben es die Politiker der Euro-Zone – trotz zahlloser Krisengipfel – nicht geschafft, eine strukturell wirksame Problemlösung zu finden und umzusetzen. Auch der Ende Januar 2012 vereinbarte Fiskalpakt weist keine nachhaltige Durchschlagskraft auf. Von Kritikern wird das Vertragswerk als „weich gespült“ und „zahnloser Tiger“ bezeichnet. Die angeblich effektive Schuldenbremse erweist sich in der Realität als kaum durchsetzbare Absichtserklärung. Die „Wirtschaftswoche“ kommentiert: „Die Schuldenstaaten diktieren Merkel ihre Regeln“. Offenkundig haben die Südländer den entkernten Fiskalpakt nur deswegen durch gewunken, weil sie sich von diesem vordergründigen Zugeständnis als „Gegengeschäft“ eine deutliche Aufstockung der Rettungsschirme durch Zahlmeister Deutschland versprechen.

12% Wahrscheinlichkeit

Laut ifo-Institut haften die deutschen Steuerzahler schon jetzt mit 595 Mrd. EUR für die diversen Rettungsversuche. Hinzu kommen die Risiken, die sich aus dem 480 Mrd. EUR schweren, kürzlich ganz beiläufig vom Bundestag reaktivierten Bankenrettungsfonds Soffin ergeben. Hans-Werner Sinn hält weitere deutsche Engagements für nicht mehr vertretbar, weil sie die Bereitschaft der Krisenländer zu wirklichen Reformen unterminiere.

Außerdem warnt Sinn: „Die Finanzmärkte taxieren die Wahrscheinlichkeit für einen Staatsbankrott Deutschlands in den nächsten zehn Jahren schon jetzt auf zwölf Prozent, mit steigender Tendenz.“

Drei Schirme ...

Der Bundesfinanzminister soll am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos informelle Gespräche über weitere Rettungsmaßnahmen geführt haben. Durch die Kombination der Rettungsschirme EFSF und ESM mit einem neuen Hilfsfonds des IWF sollen der Euro-Zone 1,5 Billionen als „Brandmauer“ zur Verfügung gestellt werden. Angeblich gehen die Eurokraten davon aus, dass sich die Bundesregierung beim nächsten Gipfel Anfang März dem Druck von EU-Kommission und Schuldnerländern beugen wird. Die über Monate mannhaft vorgebrachten Ankündigungen von Merkel, Schäuble und Rösler, das Haftungsrisiko Deutschlands nicht weiter zu erhöhen, würden sich dann als Theaterdonner erweisen. Die Bundesregierung dürfte schon bald vernebelnd erklären, dass nach Vereinbarung des Fiskalpakts eine Erhöhung der Brandmauer im ureigenen deutschen Interesse liege. Die zunehmend hektische Geldflutung in der Euro-Zone lässt Schlimmes befürchten. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank hat kürzlich vor dem Kollaps des gesamten Geldsystems gewarnt.

Spaltpilz Euro

Die Bundeskanzlerin hat mehrfach schicksalsschwer gewarnt: „Wenn der Euro fällt, fällt auch

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Europa.“ Die Realitäten sehen derzeit ganz anders aus. Die strapazierte Gemeinschaftswährung ist dabei, wie ein Spaltpilz überwunden geglaubte Emotionen und Antipathien zwischen den EU-Ländern zu befeuern. Insbesondere Deutschland wird – durch entsprechende Propaganda der Massenmedien – in Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal an den öffentlichen Pranger gestellt. Dabei werden zunehmend kriegerische NS-Vergleiche bemüht. Der deutsche Michel, der allmählich die gewaltigen finanziellen Risiken erahnt, empfindet die wütenden Attacken aus den Nehmerländern verständlicherweise als unfreundlich und undankbar. Und so schaukeln sich alte Vorurteile und Feindbilder immer weiter hoch. Dazu tragen unausgegorene Ideen der Bundesregierung bei wie der Vorschlag, Griechenland einen Sparkommissar vor die Nase zu setzen. Auch das hoffnungslos überschuldete Hellas kann schon aus Verfassungsgründen seine Souveränität nicht an der Brüsseler EU-Garderobe abgeben. Der Konstruktionsfehler liegt im System: Deutschland hat seine Zukunft untrennbar mit den Euro-Ländern verbunden. Wir haben uns die Nöte und Sorgen der PI-IGS damit dauerhaft zu eigen gemacht. Daraus – so meint die Bundesregierung – erwächst die legitime Verpflichtung, die Krisenländer notfalls auch durch massive Interventionen zu ihrem Glück zu zwingen. Eindeutig bes-

ser als diese untaugliche Sisyphus-Strategie wäre, in Europa wieder zum Prinzip der nationalen Eigenverantwortlichkeiten zurückzukehren. Dann gäbe es keinen Anlass mehr, Deutschland als imperialistischen Zuchtmeister zu diskriminieren. Und auch die Rolle des unendlichen Zahlmeisters in einer Transfer- und Schuldenunion würde sich von selbst erledigen.

Energiewende?

Auch in anderen Bereichen scheint die Politik mögliche Gefahren und Risiken aus dem Auge verloren zu haben. Im Februar sorgte der Atomausstieg – verschärft durch die Kältewelle – für Engpässe bei der Stromversorgung. Die Netzbetreiber mussten auf Reservekraftwerke zurückgreifen, um die Versorgung sicherzustellen. Seit der Energiewende sind nur noch neun Kernkraftwerke am Netz, was die Abhängigkeit von Wind- und Solaranlagen deutlich erhöht hat. Diese Energielieferanten erzeugen jedoch – je nach Wetterlage – unterschiedliche Strommengen. Probleme hat auch die Reduzierung des russischen Gaslieferanten Gazprom um zeitweise 30% ausgelöst. Als Folge mussten einige Strom produzierende Gas-kraftwerke gedrosselt werden. Bleibt die Frage, ob solche Versorgungsszenarien von den politisch Verantwortlichen konsequent durchgerechnet worden sind.